

Evangelische Verantwortung

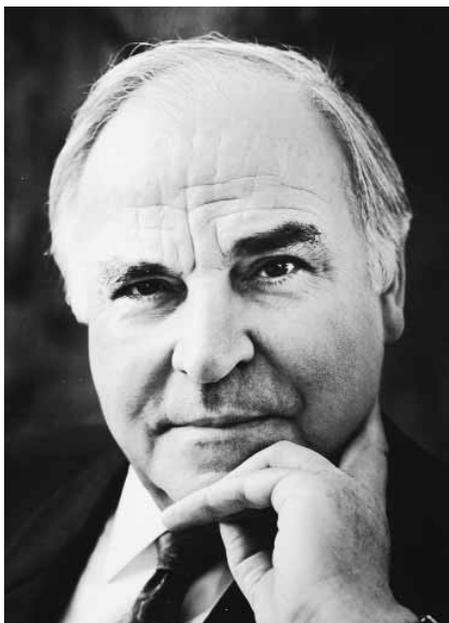
Erforderlich ist gegenseitiger Respekt! Zum Verhältnis von Kirche und Staat

Dr. Helmut Kohl

Es waren nicht zuletzt die Kirchen, die am Aufbau unserer freiheitlichen Demokratie von Anfang an aktiv mitgewirkt haben. So wurden wesentliche Grundsätze der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre zu tragenden Fundamenten unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Wenn ich den Beitrag der Kirchen zum Neubeginn in unserem Lande beschreibe, dann denke ich auch an die persönliche Hilfe, die Männer und Frauen der Kirche vielen Mitmenschen in der Zeit bitterster Not ganz konkret gegeben haben. Dazu gehört die Seelsorge für die Vertriebenen und für die von Krieg allein Zurückgelassenen, dazu gehören die Unterstützung für die Bedürftigen und der Zuspruch für die Verzweifelten.

Heute müssen wir Deutschen dafür Sorge tragen, daß unsere gemeinsame Freiheit nicht in Orientierungslosigkeit umschlägt. Freiheit bedeutet heute mehr denn je Verantwortung, sonst ist es eine Freiheit, die in neue Formen der Abhängigkeit führt. Gelebte Verantwortung braucht die Besinnung auf den Mitmenschen, auf das Gewissen und vor allem auf Gott. Deshalb sind der christliche Glaube und die Stimme der Kirche auch und gerade in einer säkularisierten Welt unverzichtbar.



Gelebte Verantwortung braucht die Besinnung auf den Mitmenschen

Auch wer die Glaubenslehre der christlichen Kirche nicht teilt, wird ihre herausragende Rolle in einer politischen Ordnung, die auf dem Fundament allgemeinverbindlicher Grundwerte ruht, anerkennen müssen.

Kirche und Staat

Ich halte das partnerschaftliche **Verhältnis zwischen Staat und Kirche** für einen Glücksfall in der Geschichte unserer Republik, und wir sollten alles tun, um es beizubehalten. Die Kirche hat dem Staat

keine Weisung zu erteilen, und der Staat hat der Kirche keine Weisung zu erteilen. Erforderlich ist gegenseitiger Respekt. Ich habe nichts dagegen, wenn sich dieser Respekt zu einer freundschaftlichen Beziehung weiterentwickelt. Man braucht sich seiner Freunde nicht zu schämen. Das muß man klar und offen ansprechen!

Natürlich ist es wahr, daß es eine Diskussion um die **Kirchensteuer** gibt. Es ist aber auch wahr, daß dies eine Diskussion ist, die zum Teil mit großer Heuchelei geführt wird; denn all jene, die die Abschaffung der Kirchensteuer verlangen, sind im Regelfall nicht bereit, die staatlichen Abgaben anzuheben, um etwa Krankenhäuser, Kindergärten oder Schulen auf staatlich-kommunaler Ebene zu betreiben. Im Falle einer Krankheit finden sich übrigens häufig gerade jene gern in freigemeinnützigen Krankenhäusern ein, die sich vorher besonders laut und intensiv gegen die Träger dieser Institutionen geäußert haben.

Wenn sich die Kirche bei diesem oder jenem Kapitel der Gegenwartsprobleme zu Wort meldet, dann ist das völlig in Ordnung. Die Kirche muß jedoch wissen, daß sie, wenn sie in dieser Arena

Themen:

Bildung 3

Sonntagsarbeit 6/8

Kirche in Ostdeutschland 10

auftritt, gleichberechtigt behandelt wird. Das ist dann nicht das Wort von der Kanzel herunter, wo es keinen offenen Widerspruch gibt, sondern das ist ein Wort in der öffentlichen Debatte, in der Rede und Gegenrede stattfinden.

Inakzeptabel ist es, wenn mancherorts versucht wird, den **Religionsunterricht** als ordentliches Lehrfach aus den Schulen zu verdrängen. Ich bin strikt dafür, daß wir auch hier den Freiheitsraum erhalten. Wer für seine Kinder oder wer selbst den Religionsunterricht ablehnt, der kann das tun. Ich bin aber dagegen, daß wir von Staats wegen den Rahmen wegnehmen, der Kindern in ihren jungen Jahren eine wichtige Chance für ihr Leben gibt. Deshalb ist es entscheidend, daß die rechtlichen Grundlagen für den Religionsunterricht beibehalten werden. Auch das gehört zu unseren guten Traditionen.

Es ist die Aufgabe der Kirchen, in einer säkularisierten Welt die Frage nach einer den Staat und die Gesellschaft übersteigenden Wirklichkeit, nach der letzten Sinngebung menschlicher Existenz zu stellen. Auf diese Weise erinnern sie stets auch daran, daß irdischer Macht Grenzen gesetzt sind, die niemand überschreiten darf. Es gibt grundlegende sittliche Gebote, die auch die staatlichen Institutionen verpflichten. Es ist nicht etwa nur das Recht, sondern es ist die Pflicht der Kirchen, darauf immer wieder hinzuweisen.

Mut und Vertrauen

Dieser Botschaft Gehör zu verschaffen ist in einer Zeit, in der religiöse und kirchliche Bindungen immer mehr zurückgehen, nicht einfacher geworden. Der Alltag eines Pfarrers an einem Sonntag irgendwo in Deutschland ist in vieler Hinsicht ein völlig anderer als vor 50 Jahren. Noch in den fünfziger Jahren bekannten sich fast alle Bürgerinnen und Bürger in der damaligen Bundesrepublik zu einer der großen Kirchen. Heute sind nur noch gut zwei Drittel der Bevölkerung entweder evangelische oder katholische Christen.

Im Osten unseres Landes wurde der Prozeß der Säkularisierung durch die Folgen der Unterdrückung kirchlichen Lebens unter der SED-Diktatur noch verstärkt. Teilweise wirkt auch die Verstrickung mit dem SED-Machtapparat nach, in die manche

Vertreter der Kirchen geraten waren. Aber wenn man darüber spricht, muß man auch das andere nennen: Es gab zahlreiche Beispiele von Mut und Zivilcourage. Gerade unter den evangelischen und katholischen Pfarrern hat es viele gegeben, die sich dem kommunistischen Regime nicht angepaßt haben. Ich erwähne ganz bewußt vor allem auch die evangelischen Pfarrer, weil in diesen Pfarrhäusern der Druck auf die Familie enorm war. Viele hochbegabte Kinder konnten nicht studieren, weil sich ihr Vater als Pfarrer und bekennender evangelischer Christ dem Regime nicht beugte. Wir vergessen das zu schnell. Nicht wenige von jenen Pfarrern haben Anteil an der friedlichen Revolution im Herbst 1989 gehabt. Der aufrechte Gang dieser Männer und Frauen, die damals mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ auf die Straße gingen, ist und bleibt ein großes Vorbild.

Freiheit und Verantwortung

Mit Zweifel, Kleinmut und Larmoyanz läßt sich nichts gewinnen. Leider gefallen sich auch heute manche in unseren Kirchen bisweilen darin, Ratlosigkeit - oft auch Angst - statt Zuversicht zu verbreiten. Kirchliche Verkündigung sollte nicht nur Einsichten in Probleme vermitteln, sondern auch den Mut und das Vertrauen, daß wir den Herausforderungen gewachsen sind. Das ist angesichts der großen Aufgaben, vor denen wir stehen, von besonderer Bedeutung. Hier sind auch die Akademien gefordert. Sie können auf vielfältige Weise Anstöße für die großen öffentlichen Debatten in unserem Land geben.

Die Reformfähigkeit einer Gesellschaft setzt voraus, daß unter den Bürgerinnen und Bürgern in bestimmten Grundfragen Einigkeit herrscht. Wir alle tragen gemeinsam Verantwortung für die Bewahrung des demokratischen Grundkonsenses, wie er in unserer Verfassung zum Ausdruck kommt.

Es ist in den vergangenen Jahren zu Recht immer wieder gefordert worden, daß wir im härter werdenden internationalen Wettbewerb Konkurrenzfähigkeit zurückgewinnen müssen. Das „Ja“ zum Wettbewerb bedarf aber stets der Ergänzung durch das „Ja“ zum „Miteinander“ und „Füreinander“ in unserer Gesellschaft. Wie Freiheit und Verantwortung, so gehören auch Leistung und

Gemeinsinn zusammen. Würden wir das eine zu Lasten des anderen vernachlässigen, gerieten wir sehr bald in eine Sackgasse. Auch deshalb ist der offene Dialog aller Gruppen und Schichten unseres Volkes Voraussetzung für eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft.

Ich denke dabei zu allererst an die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Angesichts von über vier Millionen Arbeitslosen müssen wir in vielen Bereichen umdenken, nach innovativen Lösungen suchen und auf manch lieb gewonnenen Besitzstand verzichten.

Ich weiß um die Befürchtungen und Ängste, daß dieser Prozeß zu Lasten der sozial Schwächeren gehen könnte. Ich nehme diese Sorge sehr ernst. Ich habe das Gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland aufmerksam zur Kenntnis genommen. Aber die größte soziale Ungerechtigkeit ist es doch, daß Menschen, die arbeiten können und wollen, keinen Arbeitsplatz finden.

Bewahren und Verändern

Wenn wir den Arbeitslosen in unserem Land wirklich helfen wollen, dann kommen wir angesichts der veränderten Konkurrenzlage in der Welt nicht umhin, Kosten bei uns zu senken, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Arbeitsplätze gefährden. Hierzu zählen nicht zuletzt die im internationalen Vergleich außerordentlich hohen Sozialkosten. Schon heute wenden wir über ein Drittel unseres Bruttoinlandsprodukts für soziale Zwecke auf. Das ist ein Rekordwert! Angesichts dessen führt kein Weg daran vorbei, den Anstieg der Sozialquote zu stoppen und Sozialleistungen konsequenter als bisher auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren. Das ist für mich ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, nämlich neuer Chancen für die Arbeitslosen!

Selbstverständlich müssen und werden wir bereit sein, über die richtige politische Entscheidung in einer konkreten Situation leidenschaftlich zu streiten. Politik ist und bleibt immer auch eine Sache der praktischen Vernunft, des rechten Augenmaßes und des klugen Ermessens. Das erfordert oft sehr schwierige Abwägungen. Niemand soll sagen,

die verantwortlichen Politiker würden es sich dabei zu leicht machen.

Inakzeptabel ist daher die Selbstgerechtigkeit, mit der manche gelegentlich so tun, als seien sie für höhere Moral zuständig, während sich Politik sozusagen in den Niederungen des moralfreien Pragmatismus abspiele. Oft triumphiert dabei, um ein Wort von Hermann Lübke aufzugreifen, die „Gesinnung über die Urteilskraft“.

Werte- und Kulturgemeinschaft

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß wir Deutsche die Kraft und die Fähigkeit besitzen, unsere wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen, wenn wir es nur wollen. Manches kann Jahre dauern, aber wir haben alle Chancen. Es wäre jedoch zu wenig, wenn wir uns dabei allein auf die materiellen Fragen konzentrieren. Von ganz entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes wird sein, daß wir in unserer Werteordnung eine Grundlage haben, die im Wechsel der Zeiten Beständigkeit verbürgt.

Es wäre ein grundlegendes Mißverständnis, wenn die notwendigen Reformen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich mit dem Abbau geistiger Fundamente und der Preisgabe von Werten einherginge, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unverzichtbar sind. Bewahren und Verändern stehen nicht im Gegensatz zueinander! Vertrauen in die Zukunft kann sich nur dort entwickeln, wo es Vertrauen zwischen den Menschen gibt. Wenn jeder nur noch seinen eigenen Vorteil im Auge hat, dann ist lähmendes Mißtrauen allgegenwärtig.

Jetzt, an der Schwelle zum neuen Jahrhundert, haben wir die große Chance, Frieden und Freiheit, gute Partnerschaft und Freundschaft mit all unseren Nachbarn zu sichern, indem wir das Haus Europa bauen.

Ich bin etwas traurig darüber, daß wir in der aktuellen europapolitischen Diskussion fast nur noch über Wirtschaft und Währung reden. All das ist natürlich ganz wichtig. Aber das, was uns vor allem in Europa zusammenschließt, ist die kulturelle und große christliche Tradition. Wir dürfen nie aus den Augen verlieren, daß wir in Europa vor allem eine Werte- und Kulturgemeinschaft bilden.

Deswegen wünsche ich mir beispielsweise, daß evangelische und katholische Christen noch stärker als bisher die neuen Chancen zum Dialog mit den orthodoxen Christen in Europa nutzen. Die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung in Graz hat gezeigt, daß hier noch ein weiter Weg zurückzulegen ist. Unter der kommunistischen Diktatur konnte sich ein wirklich in die Tiefe gehender Dialog zwischen großen Teilen der orthodoxen Christenheit sowie evangelischen und katholischen Christen im Westen kaum entwickeln. Jetzt ist diese Chance gegeben.

Angesichts der bedrohlichen Zunahme des Fundamentalismus in manchen Teilen der Erde ist es für eine gute Zukunft unseres Kontinents ebenso wichtig, daß sich die drei großen monotheistischen Weltreligionen - Judentum, Christentum und Islam - auf ihre gemeinsamen Wurzeln und Werte besinnen und vom Geist der Brüderlichkeit leiten lassen. ■

Anm.:

Bei dem vorstehenden Text handelt es sich um Auszüge aus der Rede des Bundeskanzlers anlässlich des 50jährigen Bestehens der Evangelischen Akademie Tutzing.

Grundlagen und Ziele christlich-demokratischer Erziehung und Bildung

Klaus Weigelt

Das heutige deutsche Erziehungs- und Bildungssystem ist nicht nur im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zunehmend unmodern geworden, sondern es ist auch weitgehend indifferent und kaum mehr pädagogisch hilfreich für die Befähigung des einzelnen Menschen zu sinnvoller Lebensgestaltung und -bewältigung.

Die fehlende Modernität unseres Erziehungs- und Bildungssystems wird mittel- bis langfristig zum Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit, zu dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit und schließlich zu massiven Einschnitten in unser wohlfahrtsstaatlich organisiertes soziales Sicherheitssystem führen. Die wachsende Indifferenz und pädagogische Insuffizienz dieses Systems bedrohen Würde, Selbstwertgefühl und Eigenverantwortung des heranwachsenden Menschen, lassen ihn bei seiner Orientierungssuche allein, erschweren Sinnggebung und aktive Lebensgestaltung auch jenseits der Erwerbsarbeit und tragen zu Isolation und Vereinsamung in unserer Gesellschaft bei.

Die heute weithin beklagte Situation ist ein klares Zeichen dafür, daß die Bildungsreformen der 70er und 80er Jahre nach dem Alarm der „Bildungskatastrophe“ vor über 30 Jahren nicht zum Ziel geführt haben. Die Familien wurden entmündigt, die Pädagogik aus den Schulen verbannt, Leistung und Elite wurden zu Unwörtern in einer Erziehungs- und Bildungsumwelt, die vorgab, mit Kritik am Bestehenden und Diskussion über alles eine Generation ohne Rahmen und Maß in die Zukunft entlassen zu können. So wurde bei aller Reformeuphorie und -hybris, bei ständig steigenden Kosten und gesellschaftlichen Belastungen, das System nicht nur unmodern, sondern es wurden auch seine Fundamente untergraben: der grundlegende Wertekonsens und die in der Verfassung niedergelegte Auffassung vom Menschen. Die zunehmende Gefährdung der inneren Sicherheit durch Abhängigkeiten und Kriminalität ist eine traurige Konsequenz aus dieser Entwicklung.

Erziehung und Bildung für das 21. Jahrhundert können und dürfen deshalb nicht nur am Pfeiler der Modernität ansetzen, so wichtig dieser für das wirt-

schaftliche Wachstum, die Sicherung der Arbeitsplätze, den weiteren Ausbau unseres Sozialstaates und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit auch sein mag. Christlich-demokratische Erziehungs- und Bildungspolitik muß tiefer ansetzen und weitere Ziele stecken als die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung hochwertiger Produkte.

Der Mensch im Mittelpunkt

Gerade weil die moderne Industriegesellschaft und mehr noch die als Zukunftsvision gefeierte Informationsge-

Die Schule der Zukunft steht vor zwei zentralen Aufgaben: Sie muß ihre Lehrinhalte auf eine sich mit hoher Geschwindigkeit fortentwickelnde Wissensgesellschaft einstellen. Sie muß zugleich ihren Erziehungsauftrag wieder ernst nehmen.

(aus dem Antrag des CDU-Bundesvorstandes an den 9. Parteitag)

sellschaft die Verwertbarkeit und Instrumentalisierung von Wissen und Qualifikationen in ihren Mittelpunkt stellen, müssen Erziehung und Bildung des Menschen diesen engen Rahmen sprengen und der Modernität ihre Voraussetzungen und Grenzen weisen. Dafür die Familien zu stärken, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen in den Stand zu setzen, Eltern und Lehrer, Auszubildende und Betriebe, Studenten und Hochschullehrer zu ermutigen und ihnen die geeigneten Möglichkeiten zu geben, muß vorrangige Aufgabe einer Erziehungs- und Bildungspolitik aus christlich-demokratischer Verantwortung sein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Der zeitgemäße Entwurf einer solchen Politik muß von einem **christlich geprägten Verständnis des Menschen** ausgehen.

Der Mensch besitzt Würde. Diese Würde begründet seinen Wert und nicht irgendeine andere Voraussetzung oder besondere Leistung des Menschen. Christliche Grundlage der Würde ist die

Gotteskindschaft des Menschen. Aber auch ohne dieses Glaubensbekenntnis ist die Würde des Menschen inzwischen fester Bestandteil westlicher Kultur geworden. Für den Glaubenden folgt aus der Gotteskindschaft die Nächstenliebe, für eine Politik aus christlicher Verantwortung die Sozialpflichtigkeit des Bürgers und der Gesellschaft.

Der Mensch ist unvollkommen; er neigt zu Irrtum und zur Verletzung der Sozialpflichtigkeit. Vollkommenheit ist für den Menschen und auch für jede menschliche Gemeinschaft unerreichbar; das liegt in ihrem Wesen. Was der Glaube dazu lehrt, kann der Nichtglaubende aus der geschichtlichen Erfahrung erkennen: säkularisierte Erlösungslehren und Vollkommenheitsideologien enden immer schrecklich; der Mensch bleibt auf der Strecke.

Die deutsche Verfassung hat aus dieser Glaubenseinsicht und der geschichtlichen Erfahrung unseres Jahrhunderts die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Der Artikel 1 über die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und die freiheitssichernden Institutionen des Grundgesetzes verlieren ihre Begründung, wenn diese Aussagen über das Wesen des Menschen geleugnet werden. Hier liegt das entscheidende Argument für die **Beibehaltung des Religionsunterrichtes** an den Schulen.

Humanes Erziehungswesen

Die Konsequenz aus diesen Voraussetzungen und Ziel christlich-demokratischer Erziehungs- und Bildungspolitik ist ein wahrhaft humanes Erziehungswesen.

Die Würde des Menschen gebietet, daß Erziehung nicht auf ein bestimmtes Bild vom Menschen hinarbeitet und **keine bestimmte Gesellschaft** vor Augen hat, die es zu verwirklichen gilt. Hier liegt z.B. die Gefahr der integrierten Gesamtschule, die im Interesse einer gesellschaftlichen Gleichheit die persönliche Individualität und die gesellschaftliche Vielfalt ausschalten will. Aber auch die Informationsgesellschaft als unkritisch verfolgtes Erziehungsziel kann zur Verkümmern statt Bereicherung des

Menschen führen und ihn in seiner Würde beeinträchtigen.

Ein humanes Erziehungswesen ist **freiheitssichernd**, weil es den Einfluß des Staates entscheidend begrenzt. Das Verständnis vom Menschen ist transzendent begründet und damit dem Staat vorgegeben. Darum kann er in der Erziehung zu vermittelnde Werte nicht definieren. Sein Verzicht erweist ihn als einen der Freiheit und nicht der Ideologie verpflichteten Staat. Darum ist die Abschaffung des Religionsunterrichtes (z.B. in Brandenburg) ein unsere Freiheit bedrohendes Ereignis.

Ein humanes Erziehungswesen ist **gemeinschaftsstiftend**, weil das Gebot der Nächstenliebe und die Sozialpflichtigkeit zu ihrer Verwirklichung eingeübt und gesellschaftlich organisiert werden müssen. Die Entwicklung einer „Streitkultur“ ist dafür wegen seiner Einseitigkeit ein ungeeigneter Ansatz. Es geht auch nicht um „Harmonie“, sondern um Begegnungs-, Gesprächs- und Verständigungskompetenz, verbunden mit Achtung und Toleranz gegenüber dem Nächsten.

Ein humanes Erziehungswesen fördert ein Verständnis der **Solidarität**, das den Schwächeren nicht als Objekt sozialen Handelns entwürdigt, sondern ihn zu eigener Leistung anspricht. Daraus folgt die Pflicht für jeden Menschen, die eigene Leistungsfähigkeit aufs Höchste zu steigern.

Erziehungsziele

Aus den genannten Voraussetzungen und Folgerungen für das Gemeinwesen und ein humanes Erziehungswesen ergeben sich Verhaltensweisen, deren Befolgen jungen Menschen nahezubringen und zu vermitteln ist. Es sind Erziehungsziele für Familie und Schule: Verantwortungsbewußtsein, Urteilsfähigkeit, Zivilcourage, Zuverlässigkeit, Fleiß, Ehrlichkeit, Einsatzbereitschaft. Vorbedingungen für das Erreichen dieser Erziehungsziele können Familie, Kirchen, Schule und Gesellschaft erbringen.

Vorbilder

Die genannten Verhaltensweisen müssen im persönlichen Leben einzelner und in den Ordnungen gesellschaftli-

cher Gruppen und Parteien glaubhaft und beispielhaft praktiziert werden.

Wissen

Es müssen Kenntnisse vermittelt werden. Ohne Wissen gibt es keine Urteilsfähigkeit und entsprechend auch keine Selbständigkeit. Wissen muß ständig angepaßt werden, insbesondere im Bereich der Naturwissenschaften, der Technik, der Informationstechnologie, der Wirtschaft und der politischen Entwicklungen der Staaten der Welt. Hier liegt der Hauptansatz, die Modernität des deutschen Bildungssystems wiederzugewinnen und zu erhalten; denn die Modernität von heute ist morgen bereits veraltet.

Geschichte

Unabhängigkeit gegenüber den Strömungen des Zeitgeistes gewinnt der Mensch aus der Kenntnis der Geschichte. Ohne sie versteht er die Gegenwart nicht. Gegenwartskunde allein gibt keine Freiheit, sondern kann im Gegenteil abhängig machen von den gerade herrschenden Ideen. Dann ist die Gefahr groß, einer Geschichtsinterpretation zu verfallen, die eindeutigen politischen Zielen folgt, wie es die Sozialisten der 68er Generation ganz offen anstrebten.

Sprachen

Ein vertieftes Verständnis von Sprache ist nötig, um den Zugang zu verarbeiteten und schriftlich vorliegenden Erfahrungen zu gewinnen. Dazu ist z.B. die deutsche und europäische Dichtung hervorragend geeignet. Zur Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert gehört aber auch die Pflicht des Erziehungs- und Bildungssystems, den jungen Menschen darauf vorzubereiten, sich nicht nur in seiner Muttersprache zu Hause zu fühlen, sondern mindestens eine, wenn nicht zwei weitere Sprachen zu verstehen und zu sprechen, damit er den direkten Zugang zu anderen Kulturen finden kann.

Tradition

Ohne Kenntnis der christlichen Traditionen und ohne Auseinandersetzung mit ihnen gibt es keine Entwicklung zur Persönlichkeit, jedenfalls nicht unter den Voraussetzungen westlicher Kultur. Es liegt im Wesen dieser Traditionen, daß

sie nach gegenwärtigem Verständnis auch die Abkehr von ihnen als Möglichkeit anerkennen.

Schlußfolgerungen

Die Säkularisierung und in ihrem Gefolge die Pluralität der Wertevorstellungen sind nicht so weit fortgeschritten, daß eine christlich-demokratische Konzeption von Erziehung und Bildung unmöglich geworden wäre. Die entfalteten Grundsätze ermöglichen ein Bildungswesen, das für sehr unterschiedliche Glaubens- und Denkweisen, allerdings nicht über die im Grundgesetz formulierten Grenzen hinaus, offen ist.

Die Europäische Union verlangt nicht nach Aufgabe der nationalen Identitäten, sondern bedarf dieser als Voraussetzung zur Bildung einer europäischen Identität. Gegen nationalistische Übersteigerungen bildet die christlich-demokratische Auffassung vom Menschen eine wirksame Schranke.

Migrationsbewegungen und die Globalisierung der Wirtschaft und des Nachrichtenflusses führen uns nicht in eine multikulturelle Gesellschaft, für die ganz andere, heute kaum noch greifbare Erziehungs- und Bildungsgesetze gelten müßten. Eine multikulturelle Kultur gibt es nicht, wohl aber Begegnung und Dialog zwischen Kulturen und damit auch Wachstum und Wandlung, aber nur dann, wenn von den Voraussetzungen einer bestimmten Kultur ausgegangen wird. Deswegen setzt sich christlich-demokratische Erziehungs- und Bildungspolitik für klare Auffassungen von der eigenen kulturellen Identität und für Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Kulturen ein.

Die Modernisierung und Globalisierung der Lebensverhältnisse bedeutet für zahlreiche außereuropäische Kulturen einen mächtigen Säkularisierungsschub, der zu einer entscheidenden Schwächung ihrer eigenen Traditionen führt. Sie wehren sich dagegen durch eine Rückbesinnung auf die eigenen religiösen Wurzeln, was in vielen Fällen zu fundamentalistischen Entwicklungen führt mit katastrophalen Folgen für das allgemein akzeptierte Menschenrechtsverständnis.

Da die Säkularisierung aus der Wurzel abendländischen Denkens erwachsen ist, bedeutet die Besinnung auf diese Wurzeln keinen Gegensatz zur Modernität. Darum ist es aus christlich-demokratischer Sicht erforderlich, sich dieser Wurzeln für eine humane Erziehungs- und Bildungskonzeption zu vergewissern.

Den Anschluß an die Modernität wiederzugewinnen und zu halten, das Wissen für die Zukunft in einem effizienten Erziehungs- und Bildungssystem an die nächste Generation weiterzugeben und die Menschen zu befähigen, in einer komplizierter werdenden Arbeitsgesellschaft, die sich mit großer Geschwindigkeit von der Industrie- zur Dienstleistungs-, und insgesamt zur Informationsgesellschaft, weiterentwickelt, zu bestehen und sich zu bewähren, sind entscheidende Ziele christlich-demokratischer Erziehungs- und Bildungspolitik. Sie bleibt aber bei diesen Zielen nicht stehen, sonst würde ihr der Boden unter den Füßen wegrutschen. Damit die nächste Generation auf festem Grund ins 21. Jahrhundert gehen kann, sind Voraussetzungen und Grundlagen, Orientierungen und Rahmenbedingungen erforderlich, wie sie in diesem Papier angesprochen werden. Ohne ihre Beachtung ginge der Weg in die Moderne in die Irre. Es geht also in Erziehung und Bildung sowohl um die Vermittlung und Festigung von Sinn-, Wert- und Wissensgrundlagen des jungen Menschen als auch um seine Kritikfähigkeit und Immunisierung gegen Verführung und Abhängigkeit von Ideologien, säkularen Heilslehren und ungebremster Fortschrittseuphorie.

Die Verbindung bekenntnismäßig gebundener Religiosität mit weltoffener und zukunftsorientierter Modernität sollte Kennzeichen christlich-demokratischer Erziehungs- und Bildungspolitik sein und damit auch beispielhaft für andere Kulturen wirken. ■

Anm.:

Klaus Weigelt ist Mitglied im EAK-Bundesvorstand. Eine Arbeitsgruppe des EAK-Bundesvorstandes erarbeitet zur Zeit eine grundsätzliche Stellungnahme zur Bildungsthematik.

Wieviel Sonntagsarbeit verträgt unsere Gesellschaft?

Otto Lange

Als die frischen, warmen Sonntagsbrötchen noch die Gemüter erhitzen, war die Sonntagsfrage eine zeitlang hochaktuell. Nun ist es darum wieder still geworden. Wir können sonntags bei unserem Bäcker Brötchen kaufen, wenn der um die Ecke denn geöffnet hat, und wir schon vor dem Sonntagsfrühstück aus dem Haus gehen mögen. Die große Frage, wie es denn insgesamt um unseren Sonntag steht, ist allerdings schon länger in den Hintergrund getreten. Zu viele andere Sorgen und Probleme bestimmen das politische Geschehen, als daß wir Zeit und Aufmerksamkeit hätten, uns damit zu beschäftigen.

Zu den vorrangigen Themen gehört in erster Linie der Sozialstaat - sein Zustand und seine Zukunft. Wie weitgehend das **Gemeinschaftliche** für unsere Gesellschaft konstitutiv bleiben soll, ist dabei die zentrale Frage.

Damit aber ist das Sonntagsthema im Grunde nicht weit entfernt. Jedenfalls dann nicht, wenn es bei ihm weder um die sonntägliche Erwerbsarbeit noch um den sonntäglichen Gottesdienst allein geht. Darauf jedoch hat sich in der Vergangenheit die Diskussion zu oft verengt. In der gemeinsamen katholisch-evangelischen Erklärung „**Unsere Verantwortung für den Sonntag**“ heißt es deshalb schon 1988: „Die Christen, aber auch alle Menschen guten Willens, die gesellschaftlichen Gruppen, die Politiker müssen sich fragen: Was ist uns der Sonntag wert, und wie können wir ihn als Tag des Herrn und als einen grundlegenden Wert unserer Kultur erhalten?“

Dieser Wert liegt, kurz gesagt, darin, daß wir uns mit dem Sonntag etwas Bewundernswertes leisten, nämlich eine regelmäßige gemeinsame Pause vom Werktag. Das läßt sich immer noch so

sagen, auch wenn laut letzter Erhebung (1996) des Statistischen Bundesamtes für 23 % der Erwerbstätigen immer auch sonntags Werktag ist. Und Umfragen ergeben nach wie vor, daß die ganz große Mehrheit diesen „Luxus“ unbedingt beibehalten will.

Fülle des Lebens

Was leisten wir uns mit dem Sonntag? Wir leisten uns ein gesellschaftliches Leben, das über alle Pflichterfüllung und Wirtschaftlichkeit hinaus etwas von dem ermöglicht, was die Bibel die „Fülle des Lebens“ nennt. Damit persönlich und in Gemeinsamkeit mit anderen viel Fülle des Lebens zur Entfaltung kommen und erfahren werden kann, braucht es die Überzeugung von ihrem tiefen Sinn und von der Notwendigkeit einer gemeinsamen, verbindlichen Zeitregelung. Wie in der Sozialstaats-Diskussion ist deshalb zu fragen: Wie wichtig ist uns das, was „sich nicht rechnet“, und wie nahe wollen wir beieinander sein und wie verbindlich füreinander eintreten?

Wie wollen wir also unser Leben teilen und dabei sowohl Individualität wie auch Solidarität zu den Grundpfeilern eines zivilen und zivilisierten Staatswesens machen, das weiterhin den Namen Sozialstaat verdient? Für dieses große Ziel hat der Sonntag (verbunden mit dem Wochenende) zwei große Bedeutungen: Als immer wiederkehrende „andere Zeit“ ist er zum einen Praxisfeld für das Mehr des Lebens und zum anderen ein einzigartiges Zeichen für Freiheit, Souveränität und Verbundenheit.

Genau deshalb treten die Kirchen für den Sonntag wie für den Sozialstaat ein. Es ist ihre soziale Botschaft, die das ebenso erlaubt wie erfordert. Denn der Sieben-Tage-Rhythmus bringt elementare Lebens- und Glaubenserfahrungen auf den Punkt und in Erinnerung:

- Gott hat uns sein Werk übertragen; gemeinsam sollen wir es nutzen und bewahren - als seine verantwortungsbehafteten Haushalter.
- Ohne Besinnung, Ruhe und Distanz und ohne die Übung und Pflege des Sozialen und Kulturellen läßt sich die Aufgabe nicht erfüllen.
- Am Tag des Herrn wird die Botschaft Christi gefeiert: Du darfst Dich auf mehr als nur auf Dich selbst verlassen; Du brauchst nicht vollkommen zu sein; Du kannst nicht das Maß aller Dinge sein.

In der täglichen Arbeit können solche hehren Sätze die einen schier zur Verzweiflung und die anderen zum gelangweilten Gähnen bringen. Denn werktags erscheinen die Faktoren Zeit, Leistung, Verantwortung, Verbundenheit, Rücksicht wenig selbstverständlich und sicher, vielmehr dynamisch bis labil.

Zeit als Geschenk

Und so wird es schwieriger durchzuhalten, daß Wahrheit und Wirklichkeit immer auseinanderliegen, ihr Zusammenhang aber dennoch nicht aufgegeben werden darf. Die gesellschaftliche Großwetterlage ist zu sehr von Tiefdruck bestimmt: Es kommt alles auf Anpassung an. Wir müssen produzieren und Dienste leisten, wann und wie alle Welt es tut. Lassen sich dabei alte Ideale und Errungenschaften retten, dann haben wir Glück gehabt.

Doch sind wir natürlich nicht einfach die Ausgelieferten, auch wenn dieses Gefühl nur allzu gern erzeugt wird - z.B. um mit (un)sanftem Druck die Bereitschaft zum Abbau höchst menschenrechtlicher Standards zu erzeugen.

Die Sonntagsfrage ist ja Mittelpunkt der großen Frage nach der Zeit; ob wir Zeit als Geschenk auffassen und Zeitstrukturen deshalb heilig halten. „Es gibt Werte, die sind zu kostbar, um sie für einen wirtschaftlichen Vorteil einzutauschen.“ (Bischof Engelhardt, EKD-Ratsvorsitzender, zum Erhalt des Sonntags.)

Aber über die Kostbarkeit von Zeit muß man sich erstmal einig werden. Dazu dienen beliebte und bewährte Traditionen, in die wir hineingewachsen sind und die uns überzeugen: Der Arbeitstag

mit seinen Pausen; der Feierabend; die Freizeit und der Urlaub; der Sonntag, die Feiertage, das Wochenende. Oder auch elementare Aussagen der Bibel wie diese: „Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht“ (1. Mose 8, 22). Das eine wie das andere ist Ausdruck zeitlicher Grundstruktur, die schon immer flexibel und vielfältig gestaltet wurde - heutzutage mehr als in der Vergangenheit.

Entscheidend ist, ob beim Zeitverbrauch weiterhin gemeinsam die Maxime gilt, daß die **Zeit für den Menschen** da ist und nicht der Mensch für die Zeit. Oder ob wir die natürliche Zeitlandschaft zugunsten ökonomischer Rationalität bzw. Zwänge Stück für Stück einebnen, gewissermaßen digitalisieren lassen. Dann verlieren wir die Phasen zur Stärkung der Menschlichkeit.

Das aber droht ja nun nicht erst am fernen Horizont. Längst haben wir uns daran gewöhnt, daß der Alltagsbetrieb am Sonntag nicht ganz zum Stillstand kommt, wie es das Sabbatgebot eigentlich will. Gute Gründe, umstrittene Entscheidungen und unvermeidliche Entwicklungen haben das mit sich gebracht. Unsere Gesellschaft hat es offenbar bisher gut vertragen - oder?

Alles hat seine Zeit

Zu fragen ist, ob das bisherige Ausmaß von Sonntagsarbeit schon jetzt nicht mehr gesellschaftsverträglich ist, eine Steigerung also schon gar nicht. Inzwischen gehört, wie schon erwähnt, für 23 % aller Beschäftigten auch Sonntagsarbeit zu ihrer Erwerbstätigkeit. Die meisten von ihnen arbeiten, damit an Wochenenden und Feiertagen eine Grundversorgung aufrechterhalten wird, vor allem aber, damit wir bekommen, was wir in der Freizeit unbedingt und immer mehr haben möchten. Und daß das so ist und bleiben möge, dafür gibt es eine informelle gesellschaftliche „große Koalition“.

Das ist natürlich keine neue Erkenntnis. Und daß im Dienstleistungsbereich neue Arbeitsplätze entstehen, das wollen wir alle. Aber mit diesem Interesse vor den wöchentlichen Freizeitblöcken haltzu-

machen, ist in Wahrheit viel schwieriger, als die Begrenzung in anderen Bereichen. Allerdings ist die Aufregung immer dann besonders groß, wenn im industriellen Bereich sonntags ein bißchen mehr gearbeitet werden soll.



„Sonntagsei“
Natascha Bräuer, 17 Jahre
Geschwister-Scholl-Gymnasium, Marl

3. Preis des Gestaltungswettbewerbs Zeitgeschichte '97 zum Thema „Sonntag“, der vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen wird.

Neu wäre es also und notwendig ist es, die Sonntagsfrage von ihrem Kern her zu stellen:

- Welchen Sinn und welche Wertigkeit hat die freie Zeit am Sonntag als Teil des Wochenendes,
- welche Dienstleistungen sind deshalb einerseits verzichtbar, und
- was sind wir dafür andererseits bereit hinzunehmen oder aufzugeben?

Alles hat seine Zeit. Daß die Sonntagsfrage jetzt ihre Zeit hätte, liegt nicht auf der Hand. Das ließe sich ändern durch be-

herzte und plausible Vorstöße in die skizzierte Richtung. Wie schon gesagt, eignet sich der Sonntag ebenso exemplarisch wie grundlegend für die konzeptionelle Debatte über einen neuen Gesellschaftsvertrag. Dabei wäre nicht die meßbare Größe „Sonntagsarbeit“ wichtig. Vielmehr ginge es darum, sich einen „schönen (Samstag/) Sonntag“ zu wünschen in dem Sinne, daß wir einzeln und in Gemeinschaft mit Wohlempfinden in dieser Gesellschaft leben: Eine bewußtere Nutzung unseres Zeitwohlstandes könnte das sein - und ein Ende der düsteren Klagen, Mahnungen und Prophezeiungen in Sachen Freizeitgesellschaft. Wir könnten alle Teile der Lebenszeit statt gegeneinander wieder nebeneinander stellen: Arbeitszeit, Freizeit, Eigenzeit, Sozialzeit, Kulturzeit, Glaubenszeit... . Dieses Nebeneinander verschaffte Überblick, stellte Relationen her, machte verträgliche Zuordnungen möglich und brächte ein neues Miteinander der Menschen und der einzelnen Zeitbedeutungen.

Gemeinsam den Sonntag feiern

Jedenfalls ist nur in dieser Versöhntheit und Verbundenheit unserer Lebenszeitformen das zu gewinnen, was wir über wirtschaftlichen Gewinn hinaus für den Grundkonsens und Zusammenhalt, für die Freiheit und Verantwortungsbereitschaft sowie für den Interessenausgleich und die Solidarität brauchen. Nicht nur der Sonntag, aber besonders er, eignet sich hervorragend als Besinnungs- und Aktionstag für das, was die „Seele unserer Gesellschaft“ sonst nicht bekommen kann. Das wird Sonntagsarbeit nicht überflüssig machen. Aber wir werden sonntags z.B. mehr selbst organisieren oder Dienstleistungswünsche auf die anderen Tage verlegen oder weniger reisen oder....

Die Kirchen könnten mit dem neuen Sonntag beginnen - mit der Veranstaltung „Gemeinsam den Sonntag feiern“, von 10-16 Uhr, alles in Eigenarbeit der vielen gestaltet, die das garantiert gern machten. ■

Anm.:

Pastor Otto Lange ist Leiter des „Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt“ der ev.-luth. Landeskirche Hannovers.

Wer Sonntagsarbeit nicht will, muß Samstagsarbeit begrenzen

Egbert Biermann

Flexibilität fördern und Überregulierung abbauen sind gängige Forderungen geworden. Nicht immer werden alle Konsequenzen derartiger Aussagen bedacht. Häufig wird auch nicht realisiert, welche Wechselbeziehungen zwischen eigenen berechtigten Anliegen - z.B. den Sonntag zu schützen - und dem Abbau von Regulierungen oder der geforderten Beweglichkeit bestehen können. Dies gilt auch für die Sonntagsarbeit.

Das sogenannte „freie Spiel der Kräfte“ scheint für diese Frage nicht die richtigen Antworten zu liefern. Von daher heißt für mich auch hier die Devise: So viel Regulierung wie nötig, aber so offen wie möglich. Aus dem Blickwinkel der Beschäftigten betrachtet lautet das Ziel: So viel Zeitsouveränität wie möglich bei so viel Flexibilität wie nötig.

Die Diskussion um die Sonntagsarbeit hat eine lange Geschichte

Vor über hundert Jahren - im Jahre 1891 - wurde die Sonntagsruhe erneut gesetzlich verankert, nachdem sie vorher durch die Arbeitgeber weitgehend ausgehöhlt worden war. Im Augenblick sieht es noch nicht danach aus, daß die heute politisch Verantwortlichen dem damaligen Reichskanzler Bismarck nacheifern müßten. Dennoch scheint es mir sinnvoll zu sein, an die Vergangenheit zu erinnern. Jedoch möchte ich nur auf die Debatten verweisen, die ich selbst erlebt habe. Diese Zeit liegt rund 10 Jahre hinter uns.

Mitte der 80er Jahre füllte die Frage nach der Sonntagsarbeit die Schlagzeilen vieler Zeitungen. Sie war im Zusammenhang mit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit aufgekommen. Die Arbeitgeber wollten die Betriebsnutzungszeiten erweitern. In den Kirchen, kirchlichen Organisationen und Gewerkschaften wurde die Arbeitgeberforderung nach

Ausweitung der Sonntagsarbeit kritisch diskutiert und in manchen Zusammenhängen auch gemeinsam bekämpft.

Im September 1985 wandten sich die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland mit dem Gemeinsamen Wort „Der Sonntag muß geschützt bleiben“ an die Öffentlichkeit. Ihre Auffassung wiederholten sie in ihrer Gemeinsamen Erklärung „Unsere Verantwortung für den Sonntag“ im Jahre 1988. Zwar brachten sie darin auch ihr Verständnis für die Meinung der Gewerkschaften zum Ausdruck, den freien Samstag nicht zur Disposition zu stellen, unterstrichen aber, daß „aus christlicher Sicht zwischen dem Sonntag und dem ‘Wochenende’ ein qualitativer Unterschied“ bestehe. Sie sprachen vom freien Samstag als „soziale Errungenschaft“, die ohne wirkliche Notwendigkeit nicht preisgegeben werden dürfe, machten aber auch deutlich, daß dieser Tag nicht den Schutz genieße, wie er für den Sonntag selbstverständlich sein müsse.

Die Gewerkschaften zeigten schon in ihren damaligen Argumenten den Zusammenhang zwischen Samstags- und Sonntagsarbeit auf. Sie hatten die Sorge, daß die Sonntagsarbeit zunehme, wenn der Samstag wieder zum regelmäßigen Arbeitstag würde.

Mit Beginn der **Arbeitszeitverkürzung** wurden die Arbeits- und Betriebszeiten entkoppelt. Da aber die Produktionsanlagen in Deutschland trotz der Arbeitszeitverkürzung nicht weniger genutzt werden als in den anderen Industrieländern, gibt es keinen begründbaren Bedarf für generelle Samstagsarbeit. Zudem weist die Bundesrepublik Deutschland die kürzesten jährlichen Stillstandszeiten auf. Auch ist bisher nicht belegt, ob durch Samstagsarbeit eine Zunahme oder Sicherung von Arbeitsplätzen erwirkt werden kann. Von daher sprechen weiterhin eine Reihe von Gründen dafür, das freie Wochenende zu erhalten.

Erst das freie Wochenende als Ganzes schafft die Voraussetzung für einen sinnvollen Rhythmus zwischen Arbeit und Freizeit. Gerade die gestiegenen Belastungen durch die Arbeitsanforderungen machen ein zusammenhängendes Wochenende notwendig, um wieder „aufzutanken“. Mit der Einführung des Samstags als Regelarbeitstag wäre darüber hinaus der **Verlust gesellschaftlicher Werte** verbunden. Die bisherige Entwicklung verdeutlicht: Je mehr der Samstag als ‘Regel’-Arbeitstag genutzt wird, je stärker steigt auch der Anteil von Sonntagsarbeit. An welchen Tagen sonst könnten noch Sonderschichten oder Reparaturen durchgeführt werden, wenn nicht am Sonntag?

Gewerkschaftliche Argumente gelten noch heute

Wegweisende Arbeitszeitmodelle belegen heute, daß es ohne die Einbeziehung des Samstags als Regelarbeitstag möglich ist, flexibel zu arbeiten. Der Samstag muß daher als Produktionstag die Ausnahme bleiben. Für den Samstag als Produktionstag im Ausnahmefall muß das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats greifen. Der Samstag als Regelarbeitstag ist aus Wettbewerbs- und Konkurrenzgründen nicht notwendig. Angesichts der technischen Entwicklung und der damit verbundenen steigenden Produktivität würde der Weg zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit völlig verbaut. Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch sozial ungünstige Arbeitszeiten wäre die Folge. Diesen Weg wollen die Gewerkschaften nicht beschreiten. Deshalb wird der Samstag als Regelarbeitstag abgelehnt, auch wenn unter der Überschrift „Zeitsouveränität“ die Gewerkschaften mehr Beweglichkeit zeigen, als mancher Arbeitgeber in der Praxis der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung an den Tag legt.

Die Debatte Mitte der 80er Jahre hat sicherlich für Aufmerksamkeit gesorgt und manche freiwillige Beschränkung hervorgerufen. Auch die damalige Gesetzesinitiative konnte nicht zum Abschluß gebracht werden. Doch sobald das Thema aus den Schlagzeilen verschwand, und die Menschen neue Probleme beschäftigten, wurde ein neuer Anlauf unternommen, die Ausnahmebestimmungen

für Sonntagsarbeit aufzuweichen. Der Gesetzgeber nutzte die nächste Legislaturperiode, um das Arbeitszeitrecht anders zu gestalten. Diesmal entstand nicht eine solche Bewegung, die den erneuten Versuch hätte stoppen können.

Das gesellschaftliche Klima hatte sich doch deutlich gegenüber den 80er Jahren verändert. So trat zum 1. Juli 1994 das neue Arbeitszeitgesetz in Kraft. Dies stellt zwar klar, daß Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen von 0 bis 24 Uhr nicht beschäftigt werden dürfen. Doch wurden mit diesem Gesetz auch Ausnahmen von diesem generellen Verbot ermöglicht, wenn der Produktionsprozeß oder die Konkurrenz es erfordert.

Ob die Erhöhung des Anteils von Beschäftigten, die regelmäßig (jedes Wochenende, dreimal oder zumindest ein- bis zweimal im Monat) sonntags arbeiten, auf diese Ausnahmetatbestände zurückzuführen ist, läßt sich zwar anhand der heutigen Datenlage kaum beweisen. Je-

schäftigten, die regelmäßig samstags arbeiten, leicht abgenommen (-3 %), doch ist die Sonntagsarbeit im gleichen Zeitraum kräftig gestiegen (50 %).

Aktuell (Pressemeldung vom 5. September 1997) hat das Statistische Bundesamt Ergebnisse des Mikrozensus 1996 veröffentlicht, die verdeutlichen, daß die **Samstags- und Sonntagsarbeit weiter auf dem Vormarsch** ist. So haben in der Zeit von Februar bis April 1996 zwei von fünf Erwerbstätigen ständig, regelmäßig oder gelegentlich am Samstag gearbeitet. Das waren 14,5 Millionen Männer und Frauen. Im gleichen Zeitraum arbeitete nahezu ein Viertel (23 %) auch an Sonn- und Feiertagen. Diese Arbeitszeitform traf also rund 8,2 Millionen Menschen. Trotz des Rückgangs der Erwerbstätigen von 36,4 auf etwas unter 36 Millionen im Zeitraum von 1993 bis 1996 ist die Zahl der von Wochenendarbeit betroffenen Arbeitnehmer auch absolut gestiegen (von 20,7 Mio auf 22,7 Mio Erwerbstätige).

der Sonntag geschützt, sondern auch die Samstagarbeit begrenzt werden muß.

Bei diesem Trend stellen sich immer stärker die Fragen, kann und soll die Entwicklung so weitergehen, gibt es Möglichkeiten einer Umkehr oder zumindest eines Stillstandes. Antworten auf diese Fragen sind noch nicht erkennbar, denn die Arbeitszeitgestaltung steht zur Zeit vor anderen Herausforderungen. Arbeitszeitkonten und Altersteilzeit seien nur als Stichworte erwähnt. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob statt Abwehr nicht auch eine sozialverträgliche Gestaltung von Wochenendarbeit erforderlich wird. Immerhin scheint sich die Einstellung zu diesen Arbeitszeiten langsam zu wandeln.

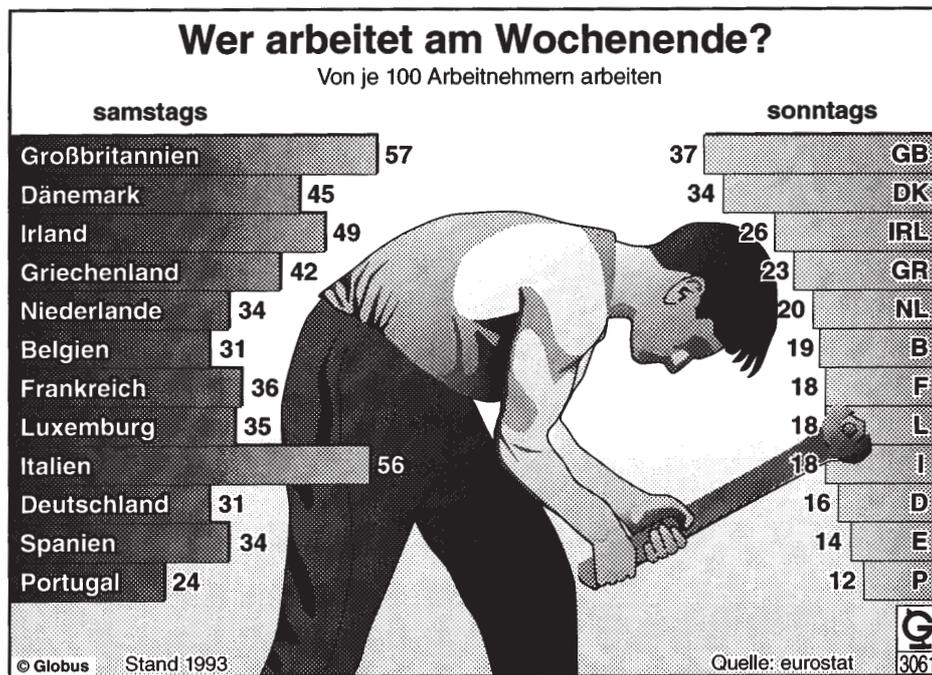
Einstellung zur Samstags- und Sonntagsarbeit wandelt sich

Auch wenn bei den Beschäftigten mit Sonntagsarbeit der Wunsch nach Verringerung stärker geworden ist, ist bei den Menschen ohne Sonntagsarbeit die Bereitschaft gestiegen, bei einem entsprechenden Freizeitausgleich auch sonntags zu arbeiten. So bekundeten auf eine entsprechende Frage von ISO 1989 4% ihr Interesse an Sonntagsarbeit bei entsprechendem Freizeitausgleich. 1995 waren es 8%, also doppelt so viele. Hieraus wird auch ersichtlich, daß sich ein gesellschaftlicher Wandel vollzieht. Verstärkt wird dieser Eindruck noch dadurch, daß von den Beschäftigten, die Sonntagsarbeit leisten, insbesondere die Teilzeitbeschäftigten gern öfter oder genauso häufig sonntags arbeiten wie zur Zeit der Befragung.

Der Trend zur **Dienstleistungsgesellschaft** dürfte auch hier für einen weiteren Einstellungswandel sorgen. Ob dies aber gesamtgesellschaftlich verankert werden kann, wenn nicht andere Ausgleichszeiten gefunden und neue Formen der Kommunikation entwickelt werden, muß bezweifelt werden. Der kulturelle Ruhepol des freien Wochenendes steht immer noch in der Gefahr, für immer mehr Menschen beseitigt zu werden. Eine Alternative ist noch nicht in Sicht. Von daher ist es weiterhin erforderlich, dem Trend zur Sonntags- und Samstagarbeit zu widerstehen. ■

Anm.:

Egbert Biermann ist Bundesvorstandssekretär beim DGB-Bundesvorstand.



doch dürfte dennoch die Vermutung nicht falsch sein, daß die Ausdehnung von Samstags- und Sonntagsarbeit auch auf die geänderte Gesetzeslage zurückgeführt werden kann. Ich nehme jedenfalls an, daß aufgrund der Flexibilisierung des Arbeitszeitschutzes Dämme gebrochen sind, die zu einer erhöhten Zahl von Sonntags- und Samstagarbeitnehmern geführt haben. So hat zwar im Zeitraum von 1987 bis 1995 der Anteil von Be-

Auch der von den Gewerkschaften postulierte Zusammenhang von Samstags- und Sonntagsarbeit scheint sich belegen zu lassen. So ist für Millionen von Arbeitnehmern nicht nur der Sonntag als Ruhetag verloren gegangen. Vielmehr wurde ihnen das ganze Wochenende genommen. So werden fast alle Beschäftigten (95 %), die regelmäßig sonntags arbeiten müssen, auch regelmäßig zur Samstagarbeit herangezogen. Dies bestätigt, daß nicht nur

Entkirchlichung und Verkirchlichung

Ehrhart Neubert

Die Entchristlichung der ostdeutschen Gesellschaft ist vorrangig Folge der kommunistischen Zwangsmaßnahmen der ersten DDR-Jahrzehnte. Die Menschen wurden damals mit offenem Druck und Einschüchterung von den Kirchen getrennt. Die sozialistische Bildungspolitik schnitt zwei Generationen von den geistigen Traditionen ab. Religiöses Wissen und religiöse Erfahrung gingen verloren. Mit der religiösen Entalphabetisierung der Masse der Bevölkerung ging eine kulturelle Primitivierung Hand in Hand.

Selbst gesellschaftliche Multiplikatoren, Lehrer, Journalisten und Fachideologen aller Sparten, wußten schließlich nichts mehr vom Christentum. Wenn sie mit Worten Christliches beschrieben, holperte und polterte es in den Trümmern einer zerstörten Tradition. Der Mann am Kreuz hieß Spartakus. Die Kirche ließ Hexen brennen und führte Kriege. Der Sputnik fand nur einen leeren Himmel vor. Und ungeklärt war das Verhältnis der „Gläubigen“ zum Osterhasen. Mit der Sicherheit angeschulter Dummheit galt ihnen Christliches als historisch überholt, als Aberglaube, als überflüssige Arabeske und manchmal auch als Ideologie des Westens, des feindlichen Kapitalismus.

Die **Kommunisten** haben allerdings das religiöse Wissen nicht nur abgeschnitten. Sie haben **Religion** ersetzt. Die eigentlichen Erfolge im Kampf gegen die Kirchen errangen sie mit Religionsersatz. Die Jugendweihe wurde zwar mit staatlicher Gewalt durchgesetzt, aber sie wurde von der Bevölkerung auch angenommen, weil sie ein verdünnter Aufguß der Konfirmation war. Offenbar gibt es den religionslosen Menschen nicht. Biographie und soziale Lebenswelt verlangen nach einer rituellen Gestaltung. Letztlich will jeder Mensch auf irgendeine Weise seine Lebenserfahrungen, seine Hoff-

nungen und Erwartungen der Willkür des Zufalls und der Sinnlosigkeit eines anonymen Schicksals entreißen. Es gehört zu den Voraussetzungen von Religion, menschliches Leben im Transzendenten zu verankern. Auch dafür boten die Kommunisten Ersatz. Sie füllten das Vakuum mit den Denkmustern marxistischer Weltdeutung, für die sie den absoluten Wahrheitsanspruch stellten.

Die sozialistische Weltanschauung konstruierte eine Geschichte, die sich gleichsam im Selbstlauf aus dem Dunkel der Urmaterie zu den lichten Höhen des Kommunismus entwickeln würde. Mit pseudowissenschaftlicher Pose haben die Marxisten mit dieser Heilsgeschichte ihr Machtansprüche gerechtfertigt. In dieser Vorstellung von Geschichte, Gesellschaft, Staat und Politik gab es keine in Verantwortung handelnden Subjekte, weder Gott noch Mensch.

Enteignung von Freiheit und Individualität

Angesichts der Fahrt ins Glück mit der sozialistischen Dampfwalze, wurde der einzelne physisch und psychisch wehrlos gemacht. Politische und geistige Entmündigung dienten der Enteignung von Freiheit und Individualität, von Menschenrecht und Menschenwürde, von Sprache und Tradition, schließlich auch von Besitz und Recht. Die **geistige und soziale Gleichschaltung** wurde auch noch als Fortschritt ausgegeben. Zum eigenen Nachteil schufen die Kommunisten damit ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit. Eine Ethik, die Verantwortung des einzelnen für sich und die anderen, womöglich gar vor Gott, begründet, fand keinen geistigen Nährboden mehr.

Ulbrichts dümmliches Ethikplagiat, die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“ und Honeckers Verhaltensstereotyp „Disziplin“ konnten aus der Unter-

drückung nur Selbstunterdrückung bewirken. Den Entmündigten blieb der zynische Trost, als „Sieger der Geschichte“ am Kollektivschicksal Teil zu haben. Die Kommunisten feierten als Schöpfung, was im Grunde eine Zerstörung war.

Nachhaltig trägt die Ostgesellschaft an den Folgen der kommunistischen Entstrukturierungspolitik. Beschädigt wurden die Seelen der Menschen durch die systematische Entindividualisierung. Nachdem die ideologischen Schleier gelüftet sind, zeigen sich Jahre nach dem Sturz der Weltanschauungsdiktatur die **verwüsteten geistigen Landschaften**. Der um sich greifende ostdeutsche Jammer, das Unbehagen Intellektueller und die soziale Unzufriedenheit wurzeln in einer Mentalität, in die die Hinterlassenschaften einer langen Diktatur eingepreßt sind.

Wandel zur offenen Gesellschaft

Gewiß, der Wandel von der geschlossenen Gesellschaft zur offenen, die Umstellung von der bevormundenden Staatsfürsorge zur eigenverantwortlichen Lebenslaufplanung stellen viele Menschen vor ernsthafte Belastungsproben. Aber die Verhaltensdispositionen und inneren Kräfte, die zur Bewältigung dieser Umstellungen helfen könnten, sind nicht vorhanden. Diese Mängel führen zur irrationalen Verarbeitung der Erfahrungen und zum Leiden an der neuen Gesellschaft.

Viele Ostdeutsche leiden an den erworbenen Ich-Schwächen, können mit der neuen Freiheit nichts anfangen, fürchten sich vor den Risiken eigener Entscheidungen und sehnen sich nach einem Staat, der alle ihre Probleme löst. Es fehlt ihnen die Wärme einer Politgesellschaft, die statt Recht staatliche Gnade walten ließ. Es fehlt die **Geborgenheit** eines mit Stacheldraht umhegten Biotops, wo alles überschaubar seinen sozialistischen Gang bis zur Rente ging. Es fehlt das Konsum-Beschaffungsglück der knappen Zeiten. Sprüche sind an der Tagesordnung: „Wir haben unseren Sozialstaat für Bananen und Reisen weggegeben.“ Manche Intellektuelle versuchen, aus den Beschädigungen eine positive DDR-Identität herauszufiltern.

Der anhaltende Wirklichkeitsverlust verzaubert die Defizite als Reserven.

Das schlägt sich auch in Haltung und Stellung zur Religion nieder. Das Ende des Sozialismus hat noch nicht das Ende der Sehnsucht nach der totalen sozialen Beglückung gebracht. Die Mehrheit praktiziert noch den sozialistischen rituellen Religionsersatz, wie die Jugendweihe, wenn sich auch die alte Sprache der Ideologie verflüchtigt hat. Die alte Klassenkampfmentalität hat sich banalisiert, und die Welt ist in gut und böse aufgeteilt. Böse ist der Westen, der reale und der ideelle. Fremd, fast bedrohlich, erscheint die Religion.

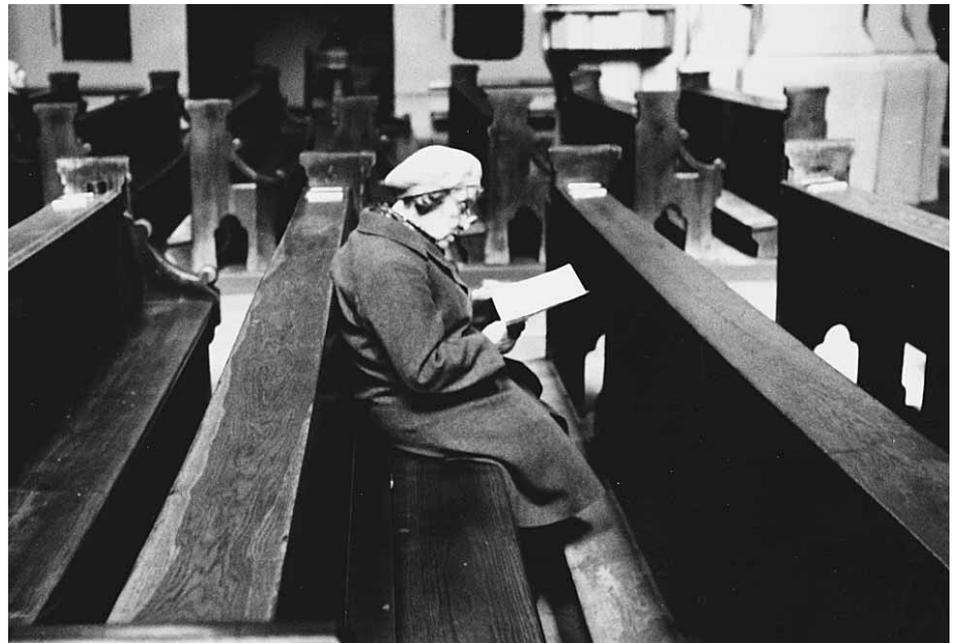
Wie sind die Kirchen und die Theologie auf diese Situation vorbereitet, und wie gehen sie mit ihr um? Es liegt nahe, daß die Kirchen den Zusammenbruch der Diktatur und das Ende der gesellschaftlichen Ausgrenzung als Chance begreifen, ihre Stellung in der Öffentlichkeit zu verbessern. Sie könnten, ja sie könnten es wirklich, ein **neues Selbstbewußtsein entwickeln**, das Freude an der Freiheit und ihren Möglichkeiten verströmt. Tatsächlich entfalten viele kirchliche Mitarbeiter und Gemeinden eine erstaunliche religiöse, kulturelle und soziale Kompetenz. Viele Kirchenleute sind in der Freiheit angekommen und schöpfen sie aus, wie sie den ostdeutschen Bürgern helfen, sich in der Freiheit zu behaupten und die Fremd- und Zwangsbestimmung hinter sich zu lassen.

Probleme im Transformationsprozeß

Doch insgesamt kommen die **ostdeutschen Kirchen** mit dem Transformationsprozeß nicht oder nur schwer zurecht. Das ist nicht nur eine Folge des chronischen Geldmangels, sondern einer geistlichen und theologischen Disposition aus den Zeiten der Diktatur. Die Kirchen selbst sind Orte der Ostalgie, des **Festhaltens an alten Orientierungen**. Bedingungen und Umstände des kirchlichen Lebens in der SED-Diktatur erscheinen manchen Kirchenleuten plötzlich als normal oder gar wünschenswert. Das ist zunächst eine Folge der unvollkommenen Vergangenheitsaufarbeitung in den Kirchen. Mit Mühe und Not konnte bei aller Vertuschung noch über die IM des MfS und andere

Knechtsseelen in den Kirchen gesprochen werden. Aber die Aufklärung der Abhängigkeiten und Fremdbestimmungen im totalen Staat, die über das geistige Kapillarsystem in die Kirche einsickerten und dort wirksam wurden, ist bislang fast ganz ausgeblieben.

Die SED wollte die Kirchen aus der Gesellschaft verdrängen, und alle öffentlichen Aktivitäten sollten „theologisiert“ und „verkirchlicht“ werden. Die Kirche war im SED-Bild eine religiöse Nische, ein abgeschiedener Tummelplatz für einige Sonderinteressen. Die Kirchen ha-



Kirche im Osten – eine Minderheitskirche?

ben sich gegen diese Art „Verkirchlichung“ nur unzureichend gewehrt. Kirchliche Meinungsführer haben aus der Not der Ausgrenzung eine theologische Tugend gemacht.

Statt offene und öffentliche Volkskirche sein zu wollen, wurde die durch Ausgrenzung erzwungene **Minderheitssituation der Kirche** als eine Art positiver Reinigungsprozeß verstanden. Es setzte eine theologische Delegitimierung der Kirche mit Rechtsansprüchen in der Öffentlichkeit ein. Die Rechte der Kirchen wurden als moralisch ungerechtfertigte Privilegien deklariert. Dabei sollte auch noch eine besonders **bekanntnistreue Minderheitskirche** entstehen. Das war eine komplette **Fehlkalkulation**. Denn vor wem und wem gegenüber sollten

die Christen bekennen, wenn nicht vor und in der Öffentlichkeit?

Die „Verkirchlichung“, der Rückzug aus der Öffentlichkeit setzt sich tendenziell bis heute fort. Es wird ein Gemeindebild bevorzugt, das die faktische kirchliche Pluralität mit ihren unterschiedlichen Verbindlichkeiten und die öffentliche Dimension von Religion außer acht läßt. Kirchenleute argumentieren gegen den freiwilligen öffentlichen **Religionsunterricht**, der ihnen als eine Fortsetzung der Indoktrinationsschule erscheint. **Militärseelsorge** wird mit Militarismus ver-

wechselt und die Kooperation mit den verschiedenen Ebenen des demokratischen Staates verweigert, als sei der neue dem DDR-Staat gleich.

Neue Tendenzen in der Kirche

In der DDR haben sich die Kirchen stark auf **sozialethische Themen** festgelegt. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn die Sozialethik nicht zugleich die Ethisierung des Religiösen betriebe. In den ostdeutschen Kirchen ist derzeit ein elementarer Verlust einer Spiritualität zu spüren, die mehr ist als das soziale Reich Gottes auf Erden. In ostalgotischen Kirchenzeitungen und vielen depressiven Predigten jammert es vor sich hin. Die Vorläufigkeit dieser Welt wird nicht ertragen, und das Selbstmitleid über das verpaßte Schla-

raffenland ersetzt die Kräfte, die aus christlicher Hoffnung wachsen sollten.

Das fehlende kirchliche Selbstbewußtsein setzt sich auch fort in der pseudotheologischen Mündigkeitserklärung der entchristlichten Gesellschaft, oft im Namen eines um seine religiösen Komponenten gebrachten Bonhoeffers.

Wie wirkten wohl Äußerungen Bischof Schönherr im Jahre 1976?: „Der Marxismus versteht sich, wenn man Bonhoeffers Nomenklatur anwenden will, als emphatische Mündigkeitserklärung der Welt durch sich selbst. In der „Internationale“ heißt es: 'Uns hilft kein Gott, kein höheres Wesen ...'. Für diese Begegnung gilt: 1. Die Kirche hat weder Veranlassung noch das Recht, in Angst um ihre Existenz zu leben. 2. Auch die säkularisierte Welt ist keine Welt ohne Gott. Gerade der Gottlose, der Gott als Feind ernst nimmt, ist dem wirklichen Gott unter Umständen näher als ein selbstgenügsames Kirchenglied, das von Gott lediglich die Erfüllung seiner religiösen Bedürfnisse erwartet.“

Solche Erklärungen werteten die gottlosen Feinde Gottes theologisch auf und die „selbstgenügsamen Kirchenglieder“ ab. Die Delegitimierung von Kirchlichkeit und Religion mit theologischen Mitteln kann nur als verinnerlichte Unterdrückung erklärt werden. Eine wirkliche Befreiung der Kirchen ist erst dann vollzogen, wenn die Gottesnähe der Christen nicht bestritten wird.

Doch derzeit sind eher andere Tendenzen in den Kirchen Mode. Diejenigen, die die „Internationale“ gegen die Kirchen praktizierten, die früher ihre Akten mit persönlichen Daten über Kirchenleute zum Zwecke der Zersetzung füllten, die die Kirche „verkirchlichten“, damit sie aus der Öffentlichkeit verschwinden sollte, die die Gesellschaft entkirchlichten, damit die Kirche überhaupt nicht mehr existiere, sind begehrte Gesprächspartner in der Kirche und auch auf dem Kirchentag.

Die Verwirrung in protestantischen Köpfen und die Beschädigung der Theologie halten an. All dies sind aber nur Symptome eines tiefer liegenden Konfliktes mancher Kirchenleute mit sich selbst und der christlichen Zivilisation. Sie haben die Kirche eigentlich immer abgelehnt, wenn

sie konkret, öffentlich und geistlich wurde. Sie haben Menschenrecht und Menschenwürde als Egoismus denunziert und haben die evangelische Lehre von der Recht spendenden Rechtfertigung aus Glauben nie ernst genommen. Sie fühlten sich aber wohl in ihren totalitären Denkfiguren, in Zivilisations- und Kapitalismuskritik, in antipluralistischen, kollektivistischen und gemeinschaftlichen Haltungen, in der Sehnsucht nach der Liebesdiktatur. Jetzt wächst zusammen, was eigentlich immer schon zusammengehörte. Orgel und Fanfare tönen nicht nur in Erfurt: „Kapitalisten, hört die Signale!“ Protestantische **Demokratiefremdheit** und postkommunistische **Demokratiefeindschaft**, oder protestantische Zuteilungs- und Verteilungsethik und postkommunistische Zwangsbegegnung haben sich gefunden.

Warum eigentlich lassen die posttotalitären Erlöser nicht von der Kirche ab? Warum gründen sie nicht ihre eigene Politsekte, in der sie sich mit den Feinden Gottes versöhnen und ihre antiimperialistischen „linken“ Haßpotentiale gegen die Religiösen ausleben? Ach nein, das geht nicht. Sie sind doch immerfort auf dem Exodus aus der Kirche in die totale Gerechtigkeit. Sie brauchen die Bewegung, die sich über Recht und Institution hinwegsetzt. Sie können nicht ruhen, bis sie die ganze Kirche von der Kirche befreit haben. ■

Anm.:

Dr. Ehrhart Neubert ist evangelischer Theologe und Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin.

Die Arbeit im EAK-Leipzig-Stadt – ein Erfahrungsbericht

Hartmut Nischik

Es ist in unseren neuen Bundesländern schon ein mühsames Unterfangen, einen Evangelischen Arbeitskreis zu gründen, mehr wohl noch, diesen Arbeitskreis als lebendige Zelle in die öffentliche Verantwortungsgemeinschaft der CDU einzubringen und nützlich zu machen.

Das hat beileibe nichts mit Trägheit oder Konkurrenz zu tun, es hat ganz rationale Gründe. Der Fundus aktiver Leute ist bei einer CDU-Mitgliederzahl von z.Zt. 680 Personen - Leipzig hat rund 450.000 Einwohner - rasch überstrapaziert, wenn man bedenkt, daß die persönliche Existenzsicherung und die Sorge um wirtschaftliche Stabilität der regionalen Unternehmen Priorität haben müssen. Die Entchristlichung unserer Stadt hat zu einem Gesamtbestand von ca. 12 % Christen aller Konfessionen geführt. Sollte sich unser EAK darum zunächst missionarisch betätigen?

Das im christlichen Glauben begründete Engagement in den zwei aufeinander folgenden sozialistischen Diktaturen konnte in beiden Fällen selbst bei besonnenem Verhalten nicht ohne Schuld abgehen. Unserer freiheitlichen Demokratie gelang es bisher nur ungenügend, die existentielle Notwendigkeit persönlich-christlichen Einsatzes in der Politik für das Gemeinwohl zu vermitteln.

Genau hier liegt der Ansatz unseres Evangelischen Arbeitskreises, weil die Bewahrer dieses christlichen Glaubens, der die europäische Geisteswelt bestimmte und den hohen Stand unseres Gemeinwesens hervorbrachte, auch in ihrer Minderheit das geistliche Rüstzeug besitzen, um dem allgemeinen Werteverfall zu begegnen.

Die Themen unserer Foren werben darum ganz bewußt für mehr christliche Substanz in der Öffentlichkeit:

- „Politik nach christlichen Wertvorstellungen? – Was bedeutet das,

wenn die Bevölkerung nicht mehr christlich ist?“ (11.1.1996)

- „Der atheistische Nachlauf am Ende des Sozialismus.“ (25.10.1996)
- „Der Staat als Adoptivvater seiner künftigen Wähler?“ (23.1.1997)
- „Von der Freiheit verantwortlicher Bürger.“ (18.9.1997)

Wir haben kein Problem mit der zur Zeit relativ geringen Besucherzahl, zumal ja unsere Gründungsversammlung erst am 23. Januar 1997 stattfand. Mit der Regelmäßigkeit unserer öffentlichen Foren im Herbst und Frühjahr sowie der monatlichen Zusammenkunft des Vorstandes muß sich erst ein Vertrauensverhältnis zwischen den EAK-Mitgliedern, innerhalb der CDU-Vereinigungen der Stadt, und der Öffentlichkeit, wie auch zu den Medien entwickeln.

Dazu bringen die Erfahrungen unserer Vorstandsmitglieder aus der „friedlichen Revolution“, als Seelsorger oder Synodale, Politikwissenschaftler, Kommunalpolitiker und Juristen gute Vorausset-



Die Leipziger Nikolaikirche: Ort der Friedensgebete 1989

zungen ein. Ein großer Vorteil für unsere Arbeit ist das gute Verhältnis zur CDU-Stadtratsfraktion und die gute Zusammenarbeit mit der CDU-Kreisgeschäfts-

stelle Leipzig, die unsere Arbeit technisch und organisatorisch unterstützt.

Wie anfangs bemerkt, wollen wir uns als kameradschaftliche Partner im CDU-Kreisverband verstanden wissen:

- in der Förderung einer christlichen Argumentation in der Kommunalpolitik und Öffentlichkeit der Stadt,
- in der moralischen Stärkung unserer CDU-Mandatsträger,
- als Informationsbrücke zwischen CDU-verantworteter Politik und evangelischen Christen,
- als Förderer des Demokratieverständnisses und demokratischer Umgangsformen.

In solchem Bemühen suchen wir, ohne die Ökumene aus dem Blick zu verlieren, ein offenes Gesprächsklima zur evangelischen Kirche unserer Stadt zu entwickeln. ■

Anm.:

Hartmut Nischik ist Kreisvorsitzender des EAK-Leipzig-Stadt.

Bücher

Jürgen Chr. Mahrenholz: **Bürgerrecht auf Bildung – Luther auf schulpolitischem Kurs**, 127 Seiten, Broschur, ISBN 3-7859-0730-3, Lutherisches Verlagshaus, Hannover 1997

Der Autor Jürgen Chr. Mahrenholz legt hier eine überzeugende Studie über Luthers Beitrag zur Neugestaltung des Schulwesens vor. 1524 entwickelte Luther eine schulpolitische Konzeption, die sich in wesentlichen Punkten von den Vorstellungen unterschied, die man bisher über die Bildungsarbeit in den Schulen, insbesondere in den Klosterschulen hatte. Anspruch auf allgemeinbildenden Unterricht für alle Kinder, auch für Mädchen; Einstellung von Lehrerinnen; Abschaffung der Prügelpädagogik als einer „Schändung der armen teuren Seelen“ sind nur einige Punkte, die Luther damals forderte. In kritischer Auseinandersetzung mit der Sekundärliteratur charakterisiert Mahrenholz den Reformator Luther als radikalen Schulreformer und gelangt zu überraschenden Forschungsergebnissen. ■

Evangelischer Kirchenkalender 1998 Notiz- und Amtskalender mit den ausgedruckten Losungen und Lehrtexten, Adressen und Terminplan, 320 Seiten, DM 16,-, CZV-Verlag, Berlin 1997

Der unentbehrliche Kalender für Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter. Der Evangelische Kirchenkalender hilft bei der Organisation der täglichen administrativen Arbeit und darüber hinaus. Er enthält die Losungen und Lehrtexte im Wortlaut, sämtliche Angaben für die Tages- und Gottesdiensttexte, ein umfangreiches kirchliches Adressenwerk, einen übersichtlichen Terminkalender, Gedenkdaten, Ferientermine, Stundenpläne, Anwesenheitslisten und mehr. ■

Gerhard Arnhardt/Gerd-Bodo Reinert (Hrsg.): **Philipp Melanchthon**, 230 Seiten, kartoniert, Auer-Verlag, Donauwörth 1997

Ein Studienbuch zum Jubiläum des „Praeceptor Germaniae“. Es zeigt die Einzigartigkeit intellektueller und psychischer Kräfte des wortgewaltigen Ermutigers und Vermittlers, des beschei-

denen, toleranten, zuweilen resignierenden oder ängstlich-taktierenden Philipp Melanchthon, der Erniedrigung und Müdigkeit überwinden half, und die Schule zum Zeichen und Symbol für Humanität und höchste Wertschätzung führen wollte. ■



Mecklenburgischer Kirchenkalender 1998, ISBN 3-932370-15-5, Spiralbindung, Stock & Stein VerlagsgmbH Schwerin, 1. Auflage 1998, 54 Blätter mit Fotografien, Format: 24 x 22 cm, DM 19.50

■ Den Sonntag nicht preisgeben

Hesack. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Rems-Murr-Kreis hatte zu einem Forum über den Sonntagschutz eingeladen, an dem auch der Waiblinger CDU-Bundestagsabgeordnete, Staatssekretär **Dr. Paul Laufs** und der frühere Landtagspräsident **Erich Schneider** teilnahmen.

Der Kreisvorsitzende des EAK **Walter Meng**, Schorndorf, wies in seiner Begrüßung auf die Aktualität des Themas hin, zumal einige Politiker auch aus den Reihen der CDU und der CSU Initiativen unterstützen, den Sonntag generell zum verkaufsoffenen Sonntag zu machen. ■

■ Aufgaben politisch verantwortlichen Christentums

Marburg. Die Kirche müsse sich beharrlich darum bemühen, daß die Substanz des Glaubens in der heutigen Welt wieder als konstruktive und kritische Kraft wirksam wird. Das forderte der Hamburger Theologe **Prof. Dr. Christian Walther** vor dem EAK in Marburg. In seinem Vortrag „Politisches Christentum - Worum soll sich die Kirche eigentlich kümmern?“ bezeichnete er es als die eigentliche Aufgabe der Kirche, Freiheit, Solidarität und Kultur als die „Grundpfeiler unseres Daseins zu erhalten und zu festigen“. Der amerikanische Professor **Samuel Huntington** habe in seinem Buch „Der Krieg der Kulturen“ überzeugend nachgewiesen, daß von der Religion der größte Beitrag zur menschlichen Identität ausgehe. ■

■ Religionsunterricht unverzichtbar

Ahlsen-Reineberg. Wie aktuell die Themen Bildungsschrift und die Zukunft des Religionsunterrichtes an unseren Schulen sind, unterstrich jetzt der gute Besuch der EAK-Bezirksversammlung Ostwestfalen-Lippe. EAK-Bezirksvorsitzender **Hermann Bückendorf**: „Ich freue mich riesig über die große Resonanz, die unsere Einladung gefunden hat.“ Neben der Zugkraft dieser Themen war sicher auch die Persönlichkeit des Vortragenden Ursache für das große Interesse. Oberstudienleiter **Ernst Tilly** ist nicht nur Leiter des Gymnasiums am Markt in der Nachbarstadt Bünde, sondern auch nebenamtliches Mitglied der Leitung der Westfälischen Kirche und Vorsitzender des pädagogischen Ausschusses der Landeskirche. ■

■ Gerechtigkeit ist kein Zustand

Frankfurt. Gerechtigkeit ist weder ein Kampfbegriff noch ein Begriff für „Lehnstuhlinhaber“, aber er verkörpert die Forderung nach

mehr Gemeinwohlorientierung in unserer Gesellschaft. In diese Richtung mahnte der Beauftragte für wirtschaftliche und soziale Fragen beim Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, **Dr. Klaus Lefringhausen**, Politik und Verbände bei der ersten „Frankfurter Disputation“ des EAK der CDU-Hessen. Thema dieser neuen Veranstaltungsform des EAK war das diesjährige Kirchentagsmotto „Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben“ (Spr 12,28). Dieses Thema ist vom EAK bundesweit wie auch auf hessischer Bezirksebene intensiv vorbereitet worden.

Zweiter Disputant neben Lefringhausen war der Wiesbadener Banker **Thomas Nierhaus**, der als CDU-Mitglied drei Jahre lang den ehemaligen Frankfurter Kämmerer **Tom Koenig** beraten hat. ■

■ „Öffentliche Schulträger in Diskussion einbeziehen“

Stendal. Eine christlich-ökumenische Privatschule in freier Trägerschaft für die Altmark? Was man bisher aus Großstädten wie Magdeburg oder aus Gegenden mit tiefer religiöser Tradition,

beispielsweise aus den Altbundesländern oder seit der Wende auch aus Wittenberg oder Eilenburg kennt, ist offenbar fester Wunsch der CDU im Landkreis Stendal und auch parteiunabhängiger Altmärker. Referent des Abends war Oberstudiendirektor **Willems** vom Ökumenischen Domgymnasium Magdeburg. Leiter des Abends war der EAK-Kreisvorsitzende **Dr. Christoph von Katte**. ■

Wichtige Nachricht!

Ab sofort ist der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU im Internet zu erreichen unter:

<http://www.cdu.de/eak>

■ Christentum und Islam

Nördlingen. Bei der Podiumsdiskussion, zu der Bezirksvorsitzender **Reinhold Bittner** eingeladen hatte, ging es um das Verhältnis von Christen und Muslimen.

Mit Dekan **Dr. Dr. Raschzok** aus Nördlingen und Pfarrer **Becker** aus Schweindorf waren auf dem Podium ausgezeichnete Kenner der Materie vertreten. Sie steckten vor den Zuhörern deutlich die Zugeständnisse und Grenzen an die Vertreter des türk. Islam. Kulturvereins Nördlingen ab. Viele waren überrascht, wie tolerant sich die Kirche gegenüber dem Islam verhält und nachbarschaftliches Miteinander anbietet. Die türkischen Mitbürger, vom Gesprächsangebot sehr begeistert und angetan, nutzten die Gelegenheit, auf ihr Anliegen wie Bau von Moscheen und doppelte Staatsbürgerschaft hinzuweisen. ■

Der EAK-Halle lädt ein:

„Neue religiöse Bewegungen als gesamtgesellschaftliche Herausforderung“

Vortragsveranstaltung
Dienstag, den 28. Oktober 1997, 19.30 Uhr

Gertraudenkapelle der Marktgemeinde Halle,
An der Marienkirche 2

■ Neuer Vorsitzender des EAK in der Grafschaft Bentheim

Nordhorn. Ewald Mülstegen ist neuer Vorsitzender des EAK in Grafschaft Bentheim. Auf der letzten Versammlung des Arbeitskreises wurde der Nordhorner Kommunalpolitiker zum neuen Vorsitzenden gewählt. Sein Vorgänger **Hermann Assink**, der nicht wieder für den Posten des Vorsitzenden kandidierte, arbeitet weiterhin im Vorstand mit. Der Emlichheimer CDU-Vorsitzende Pastor **Dr. Frank Frühling** ist neu in den Vorstand gewählt worden.

Der Wahl war eine Diskussionsveranstaltung zum Sozialwort der Kirchen unter dem Motto „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ vorausgegangen, an der **Dr. Hermann Kues**, MdB, Superintendent **Heinrich Frese**, **Maria Köttering** und **Wolfgang Wolf** teilnahmen. ■

■ „Wir brauchen geistige wie materielle Beweglichkeit“

Wiesbaden. Für seinen Vortrag hatte Kirchenpräsident **Prof. Dr. Peter Steinacker** das Thema „Strategien einer sich verändernden Volkskirche 1997“ gewählt. Es ging um die unaufschiebbaren Eingriffe, die der Kirche zugemutet werden müssen, um das „für die Enkel bestimmte Erbe nicht schon heute zu verfressen.“

„Wir brauchen geistige wie materielle Beweglichkeit“, forderte der Kirchenpräsident, und „wir müssen effizient und wirtschaftlich denken, aber eben nicht nur wirtschaftlich“. 15 Prüfaufträge

wurden in der EKHN vergeben. Die Effizienz mancher Aktivität der Kirche, wie etwa des Konfirmandenunterrichts, ist nicht erfaßbar. Und ebenso schwierig ist die Frage zu beantworten, wie viele Pfarrrer die Kirche braucht.

Der Kreisvorstand und der Arbeitskreis Kirchen hatten zu dieser Veranstaltung eingeladen. Erfreulich viele Interessierte kamen. Kirchenpräsident **Steinacker** überzeugte durch Offenheit und Klarheit. ■

■ Neuer Vorstand gewählt

Wiehl. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU-Oberberg hat einen neuen Vorstand.

Einstimmig wurden **Jutta Reißland** (Gummersbach) als Vorsitzende, sowie **Hans-Kurt Meyer** (Reichshof) und **Christoph Johannes Waffenschmidt** (Waldbröl) in ihren Ämtern bestätigt.

Als Beisitzerin und Beisitzer wurden **Gisela Lindecke** (Gummersbach) sowie **Erhard Brödner** (Nümbrecht) und **Johann Dengel** (Wiehl) wiedergewählt. Neu im Amt sind **Sylvia Thamm** (Bergneustadt) und **Dietrich-Walter Frank** (Gummersbach). ■

■ Einfluß und Gefahren der Medien

Bietigheim. Über Einfluß, Macht und Gefahren der Medien wollte der EAK **Ludwigsburg** in Bietigheim diskutieren und informieren. Über 30 Gäste waren der Einladung gefolgt. Sie erlebten zwei interessante Vorträge aus verschiedenen Blickwinkeln und eine Führung

Der EAK-Kleve lädt ein:

13. Ev. Besinnungstag am 22. November 1997
in Geldern – Heilig Geistkirche, Heilig Geist Gasse 2-4

Thema:
Freiheit oder Gleichheit –
Demokratieverständnis in den neuen Ländern

Referentin: Ministerin **Christine Lieberknecht**, MdB,
Erfurt

Information: **Ernst-Otto Schumann**, Tel.: 02831/3119

durch die Räume der Bietigheimer Zeitung.

Wenn Kinder jede zweite Minute ihrer Freizeit mit Medien zu tun haben und davon wiederum überwiegend mit dem Fernseher, dann lag es nahe, sich zunächst mit diesem Medium zu beschäftigen.

Diese Aufgabe übernahm **Hans-Werner Kalb**, Planungsingenieur beim SDR. In einem nachdenklich machenden Vortrag belegte er zunächst an einigen Diagrammen, warum das Fernsehen das wirkmächtigste Medium überhaupt darstellt. „Nichts ist subjektiver als das Objektiv einer Kamera“, so Kalb, und legte anschließend die historische Entwicklung der Nachrichtensendungen von einer reinen Informations- zu einer Unterhaltungssendung dar.

Diese Bemerkungen regten zu einer intensiven Diskussion an, die mit einem Kurzreferat von Herrn **W. Junesch**, dem Redaktionsleiter der Bietigheimer Zeitung, abgeschlossen wurde. ■

■ Zwischen Gehorsam und Gewissen

Bremervörde. Im Rahmen eines gut besuchten Film- und Gesprächsabends zum Thema „Militärischer Widerstand gegen Hitler zwischen Gehorsam und Gewissen“ haben der EAK-Rotenburg (Wümme) und die JU über den Widerstand gegen Hitler mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. EAK-Kreisvorsitzender **Albert Rathjen** konnte den Bremervörder Bürgermeister **Reinhard Brünjes**, den Kreistagsabgeordneten **Joachim Behnken**, den CDU-Bezirksvorsitzenden **Wilhelm Hogrefe** und den JU-Kreisgeschäftsführer **Frank Pingel** begrüßen. Als Gesprächspartnerin und Zeitzeugin hieß er **Reinhild Gräfin von Hardenberg** aus Düsseldorf willkommen. ■

An die Parteitagsteilnehmer!

Der EAK ist mit einem eigenen Info-Stand auf dem CDU-Bundesparteitag in Leipzig vertreten. Sie finden uns in der Glashalle des Messezentrums.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5 44-305/6 · Fax 5 44-5 86 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM · Konto: EAK, Postgiroamt Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!

Die Lutherrose

Bisherige Forschungen ergeben, daß als Petschaft (Siegel) die Lutherrose zum ersten Mal auf einem Brief Luthers im Jahre 1517 an Christoph Scheurl in Nürnberg zu finden ist. Sie ist also heute 480 Jahre alt.

Luther hat sein Petschaft selbst erdacht. Es wird vermutet, daß er dafür auf ein altes Familienwappen zurückgegriffen und sich somit sein „Berufs-Siegel“ gebildet hat.

In einem Schreiben an Kurfürst Johann von Sachsen, der ihm zuvor einen goldenen Siegelring mit der original abgebildeten Lutherrose als Geschenk zgedacht hatte, vermerkt der Reformator, „daß mein Petschaft ein Merkzeichen meiner Theologie ist ...“, und seine Gedanken dazu faßt er in folgendem Vers zusammen:

*„Des Christen Herz auf Rosen geht,
wenn's mitten unterm Kreuze steht.“*

Zu Luthers Lebzeiten fand sich die Lutherrose nicht nur auf seinen Briefen. Er hat sie als Rundbild in Holz schneiden und unter seine Schriften drucken lassen. Das Rundbild sollte den Originaldruck kennzeichnen und damit vor Nachdruck bewahren.

Die Lutherrose wurde auch für künstlerische Ausschmückungen verwendet. Noch heute ist sie zum Beispiel in Stein gehauen am Katharinenportal des Lutherhauses in Wittenberg sehen.

Die Lutherrose ist zum hervorragenden Bildzeichen lutherischen Christentums geworden. Sie ist daher oft Gegenstand historischer Nachfragen und Ausgangspunkt geistlicher Anregung.



Zum Aussehen des Petschafts sagt Luther das folgende:

Ein schwarzes Kreuz zur Erinnerung daran, daß der Glaube an den Gekreuzigten uns selig macht

...in rotem Herz, das seine Farbe behält, nicht tötet, sondern lebendig macht

...auf weißer Rose als Zeichen, daß der Glaube Friede, Trost und Freude bringt

...in himmelblauem Feld als Anfang der Hoffnung himmlischer zukünftiger Freuden

...von einem goldenen Ring gemacht, damit die Seligkeit im Himmel auf ewig währet und kein Ende hat.

Barbara Schöley

Unsere Autoren:

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl, MdB
Adenauerallee 141
53113 Bonn

Pastor Otto Lange
Archivstr. 3
30169 Hannover

Egbert Biermann
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf

Dr. Ehrhart Neubert
Torstr. 43
10119 Berlin

Hartmut Nischik
Gleisstr. 3
04229 Leipzig